

Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit

Für ein friedliches Miteinander und nachhaltige Integration: Alle müssen sich bemühen

Von Hermann Kues

Integration ist ein Schlüsselthema für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Die in den letzten Tagen veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen dies: Jede vierte Familie in Deutschland hat einen Migrationshintergrund! Das heißt: In Deutschland lebt in über zwei Millionen von insgesamt 8,6 Millionen Familien mindestens ein Elternteil entweder mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit oder mit einem durch Einbürgerung oder Einreise nach Deutschland erworbenen Pass.

Diese Zahlen zeigen ganz klar, dass Deutschland zwar kein klassisches Einwanderungsland ist, aber in jedem Fall faktisch als Zuwanderungs- und Integrationsland geprägt ist. Den damit verbundenen zukünftigen Herausforderungen müssen wir uns stellen: denn diese Familien wollen und müssen sich in Deutschland wohl fühlen, gerne hier leben und für ihre Kinder in diesem Land auch eine Zukunft sehen. Der Staat ist gefordert, hierfür gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Ein Ansatzpunkt sind die Kindertageseinrichtungen und Schulen, die es ermöglichen müssen, dass die Kinder zu verantwortungsvollen Menschen heranwachsen, die auf die Anforderungen des Lebens vorbereitet sind.

Wettbewerb um die besten Köpfe

Angesichts des demographischen Wandels und des wachsenden Wettbewerbs um die besten Köpfe müssen wir auch zukünftig die ohnehin vorhandene Zuwanderung gezielt für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands nutzen. Hierfür ist eine nachhaltige Integrationspolitik eine unabdingbare Voraussetzung.



Hermann Kues

Die soziale Wirklichkeit zeigt aber auch, dass beim Thema „Integration“ nicht nur nach dem Staat und seiner Verantwortung gerufen werden darf, sondern dass alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert



Rot-Grün philosophierte über Multikulti – die Union rückt Integration als Zukunftsaufgabe von Politik und Gesellschaft in den Mittelpunkt: Angela Merkel, Bundeskanzlerin und CDU-Parteichefin, im Gespräch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendintegrationsgipfels 2008. Foto: Picture Alliance

sind, aktiv zu werden und ihren Beitrag zu einem friedlichen Miteinander der verschiedenen Kulturen und auch Religionen zu leisten.

Mit dem aus dem Integrationsgipfel hervorgegangenen Nationalen Integrationsplan hat die Bundesregierung nicht nur Integration als Querschnittsaufgabe in den Mittelpunkt ihrer Politik gerückt, sondern eine Dialogform ins Leben gerufen, in der es vor allem darum geht, nicht über Migrantinnen und Migranten, sondern unter Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen mit ihnen zu reden. Im Zentrum stehen dabei das Erlernen der Sprache, die Bildung, zu der auch die vorschulische Förderung und der Übergang von der Schule in den Beruf zu zählen sind, die Integration in den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Integration.

Um die Integrationsangebote zu strukturieren, wurde ein bundesweites Integrationsprogramm eingeführt. Es greift die Ergebnisse des Integrationsplans praxisorientiert auf und soll Angebote und Beteiligte, staatliche und nichtstaatliche Akteure langfristig zusammenzuführen. Wichtig ist es, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich auszutauschen und die Aktivitäten zu bündeln und festzuhalten, mit denen sich jeder Beteiligte einbringen kann.

Zur Integration gehören immer zwei Seiten – die deutsche Gesellschaft und die Migranten. Beide Seiten pflegen Vorbehalte. Darauf muss man eingehen. Beide Seiten müssen Integration wollen. Denn Integration kann man nicht erzwingen, sie muss aus der Gesellschaft heraus kommen. Der Schlüssel dazu ist der Dialog, den wir weiter pflegen müssen.

Es wäre allerdings kurzsichtig, vom Integrationsgipfel und dem Integrationsplan zu viel zu erwarten; er ist in erster Linie ein politischer Impuls, der uns deutlich macht, dass wir zunehmend mehr in einer bunt gemischten Gesellschaft leben: Schon heute sind 15 Millionen Menschen aus 200 verschiedenen Staaten in unserem Land. Unsere Gesellschaft hat sich durch das Zusammenleben mit ihnen kulturell, wirtschaftlich und politisch stark verändert. Wenn wir dies begriffen haben und uns alle gemeinsam um Integration bemühen, ist schon viel gewonnen. Dies ist und soll auch weiterhin Aufgabe des Nationalen Integrationsplans sein.

Hermann Kues ist Parlamentarischer Staatssekretär bei der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen.